



## TAGUNGSBAND

### 3. WISSENSFORUM HIRSCHWANG

#### *Faktor Arbeit entlasten*

**Do, 16. April 2026**

Schloss Reichenau  
Schlossplatz 9  
2651 Reichenau an der Rax

Mit freundlicher Unterstützung von:





## 1. AUSGANGSLAGE UND ZIEL

Arbeiterkammer Niederösterreich und ÖGB Niederösterreich entschlossen sich 2019, in Zusammenarbeit mit einem externen interdisziplinären Wissenschaftsbeirat unter Leitung von em. o. Univ.-Prof. Dr. Helmut Detter ein strategisches Konzept bezogen auf die Zukunft der Gesellschaftsgruppe der Arbeitnehmer:innen zu entwickeln.

Vision war es seinerzeit, auf Basis einer Analyse von Ursachen und Auswirkungen des seit etwa Ende der achtziger Jahre laufenden Paradigmenwechsels umsetzbare Lösungskonzepte für eine positive zukünftige Entwicklung dieser Gesellschaftsgruppe zu erarbeiten.

Schließlich entstand das Memorandum „3V für Österreich“, das 2021 einer breiten Öffentlichkeit vor- und zur Verfügung gestellt wurde. Seit dieser Zeit vergeht kein Tag, an dem nicht über „Veränderung der Arbeitswelt“, „Verteilungsgerechtigkeit“ und „Versorgungssicherheit“ diskutiert wird.

Aus all diesen Gründen haben sich Arbeiterkammer Niederösterreich und ÖGB Niederösterreich entschlossen, das Wissensforum Hirschwang zu gründen, um wichtigen gesellschafts- und interessenspolitischen Themen einen Rahmen zu geben.

2024 fand das 1. Wissensforum Hirschwang zum Thema „Arbeit – neu denken“ statt. Ausgangspunkt der damaligen Diskussion war: Die moderne Arbeitswelt befindet sich in einem Zustand des permanenten Wandels. Das neue Verständnis von Arbeit schafft neue Herausforderungen - und neue Chancen. Zum einen entstehen neue Geschäftsmodelle und Wettbewerbsstrukturen, zum anderen wandeln sich Arbeitsinhalte, Berufsbilder und die Organisation von Produktions- und Arbeitsprozessen. Hinzu kommen weitere große Herausforderungen wie der demographische und grüne Wandel. Niemand kann genau voraussagen, was die Zukunft der Arbeit konkret bereithält, aber wir sind alle aufgerufen, gemeinsam an zukunftsfähigen und praktikablen Lösungsansätzen zu den Themen „Veränderung der Arbeitswelt“, „Verteilungsgerechtigkeit“ und „Versorgungssicherheit“ zu arbeiten.

Beim 2. Wissensforum „Solidarstaat 5.0: Unser Wohlstand unter Druck?“ im Jahr 2025 ging es um die Frage, wie die mittels Automatisierung, Robotik und Künstlicher Intelligenz erwirtschaftete Wertschöpfung in die Finanzierungsbasis eines Solidarstaats integriert werden kann, ohne dabei die Sicherung unseres Wirtschaftsstandortes EU/Österreich/Niederösterreich im Spannungsfeld der Weltwirtschaft aus dem Blick zu verlieren.

Das 3. Wissensforum „Faktor Arbeit entlasten“ setzt hier einen weiteren Schritt. Einerseits werden die Auswirkungen technologischer Innovation auf Unternehmen und Arbeitnehmer:innen diskutiert und andererseits die Veränderung der Wertschöpfungsverteilung zwischen Arbeit und Kapital aus gesamtwirtschaftlicher und steuerpolitischer Perspektive behandelt. Letztlich geht es darum, wie die Besteuerung des Faktors Arbeit gesenkt, Wettbewerbsfähigkeit sowie Kaufkraft gesteigert und die nachhaltige Finanzierung des Solidarstaates gesichert werden kann.

## 2. INHALTLICHE ECKPFEILER DES DRITTEN WISSENSFORUMS HIRSCHWANG

### **Vortrag 1: Vom Tool zur Teamplayerin: KI und die Zukunft guter Zusammenarbeit**

**Mag.<sup>a</sup> Susanne Zach**, AI & Data Lead EY Österreich

Susanne Zach eröffnete den ersten Vortrag mit Ergebnissen des AI Barometer, einer europaweiten Umfrage an Mitarbeitende und Unternehmen, durchgeführt von EY. Demnach stehen 70 Prozent der Unternehmen in Europa der Nutzung von Künstlicher Intelligenz positiv gegenüber, allerdings sehen in Österreich lediglich 47 Prozent einen positiven Effekt. 73 Prozent der Arbeitnehmer:innen geben an KI bereits zu nutzen, allerdings fühlen sich nur 19 Prozent auch ausreichend geschult. Das steht auch in Zusammenhang damit, dass mehr als die Hälfte aller Unternehmen noch keine KI-Strategie oder klar definierte Ziele festgelegt haben.

KI wird bereits zur Lieferkettenoptimierung, als Chatbot beim Kundenservice oder für das Datenmanagement im Betrieb ebenso wie für Auswahl und Recruiting im HR-Bereich erfolgreich verwendet. In ihren Ausführungen unterstrich Mag. Zach mit Nachdruck, dass Künstliche Intelligenz keine vorübergehende Erscheinung ist, sondern eine Technologie, die gekommen ist, um zu bleiben. Da diese Innovationen bereits tief in der unternehmerischen Realität verwurzelt sind, liegt die aktuelle Herausforderung vor allem in der Befähigung: Es gilt, sowohl Mitarbeiter:innen als auch Unternehmen umfassend zu schulen, um KI gezielt dort einzusetzen, wo sie einen echten Mehrwert generiert. Die Arbeitskräfte der Zukunft zu entwickeln erfordert jedenfalls eine humanistische Denkweise, so Zach, die Charles Darwin zitierte: „Es ist nicht die stärkste Spezies, die überlebt, sondern diejenige, die am anpassungsfähigsten ist.“

### **Vortrag 2: Lässt sich KI „steuern“? Die Zukunft der Besteuerung im Zeitalter der künstlichen Intelligenz.**

**Univ.-Prof. Dr. Michael Tumpel**, Leiter des Instituts für Betriebswirtschaftliche Steuerlehre an der Johannes Kepler Universität Linz (JKU)

Michael Tumpel verwies in seinem Vortrag auf die Besonderheiten des aktuellen Wandels durch KI. Waren früher eher manuelle Tätigkeiten von der Automatisierung betroffen, betrifft der Wandel durch KI hauptsächlich kognitive Aufgaben. Diese Transformation trifft hochqualifizierte Arbeitskräfte am meisten und schürt natürlich auch eine gewisse Sorge vor einer Eliminierung dieser Tätigkeiten. OECD-Zahlen zeigen zudem eine teure Falle auf: Unternehmen geben zwar viel Geld für KI aus, doch die Produktivität der Mitarbeiter:innen steigt kaum an. Solche sogenannte „So-So-Technologien“ automatisieren zwar bestehende Prozesse, führen aber nicht zu dem erhofften wirtschaftlichen Sprung nach vorne.

Für die Staatsfinanzen bedeuten die Entwicklungen mit der KI einen „doppelten Schlag“: einerseits sinkende Lohnsteuereinnahmen und Sozialversicherungsbeiträge, andererseits steigen Ausgaben für die notwendigen sozialen Netze. Die fiskalische Sicherung staatlicher Einnahmen angesichts wegbrechender Lohnsteuern sowie die distributive Gerechtigkeit durch die faire Verteilung von Produktivitätsgewinnen zwischen Kapital und Arbeit rechtfertigen die Notwendigkeit neuer Besteuerungskonzepte. Als konkrete Ansätze können Steuern auf Produktionsfaktoren wie Energie, Rechenleistung und Hardware sowie die umsatzsteuerliche Erfassung von Datenauschgeschäften bei vermeintlich kostenlosen Diensten dienen. Aber auch Ansätze für eine direkte Besteuerung von Robotern/KI gibt es bereits, wie die Zurechnung eines fiktiven Lohns an den Roboter bzw. seine Eigentümer. Jedoch scheitern diese Ansätze an Definitionsproblemen (was ist ein Roboter oder KI?).



Um das Strukturproblem der ungleichen Steuerlast zwischen Arbeit und Kapital zu lösen, ist eine Neugestaltung des Steuermixes innerhalb der nächsten zehn Jahre unumgänglich. Diese Reform muss fiskalische, distributive und korrektive Ziele gleichzeitig verfolgen und international abgestimmt sein. Bleibt dieses Handeln aus, steuern wir auf eine Ära massiver Ungleichheit und einer gefährlichen Kapitalkonzentration zu, bei der die Lohnanteile am Gesamteinkommen systematisch weiter sinken.

### **Vortrag 3: Ungleichheit, Wirtschaftskrise und Steuersystem – Welche Reformen braucht es?**

**Mag. Dr. Stephan Schulmeister**, Wirtschaftsforscher und Universitätslektor

Stefan Schulmeister ist einer der profiliertesten Ökonomen und Kritiker der neoliberalen Wirtschaftstheorie in Österreich. In seinem Vortrag hat er den grundlegenden Konflikt zwischen einer produktiven Realwirtschaft, die durch Investitionen Arbeitsplätze schafft, und der spekulativen Finanzwirtschaft, bei der Gewinne primär durch Preisänderungen von Vermögenswerten erzielt werden, analysiert. Wenn die Renditen auf Finanzmärkten (Aktien, Derivate) dauerhaft höher sind als die Wachstumsrate der Realwirtschaft, investieren Unternehmer nicht mehr in neue Fabriken, sondern stecken ihr Kapital in Finanzanlagen. Realinvestitionen müssen daher begünstigt werden, unproduktive Privatvermögen („das Geld arbeiten lassen“) hingegen müssen stärker besteuert werden, ebenso kurzfristige Spekulationen. Damit liefert er eine starke theoretische Basis für die Besteuerung großer Vermögen, um die Dominanz der Finanzsphäre zugunsten des Gemeinwohls zu begrenzen. Auch kleinere Steuern auf jede Börsentransaktion würde hochfrequente Spekulation unrentabel machen, langfristige Realinvestitionen aber kaum belasten.

### **Vortrag 4: Faktor Arbeit entlasten – Abgaben und Steuern neu denken**

**Markus Wieser**, AK Niederösterreich-Präsident und ÖGB Niederösterreich-Vorsitzender

„Unser Ziel muss sein, Mittel für die künftigen Herausforderungen unseres Solidarstaats bereitzustellen. Zum Beispiel für Gesundheit, Pflege oder Kinderbetreuung. Dazu müssen wir die personalintensiven Betriebe entlasten, um den Wirtschaftsstandort bezüglich Kaufkraft und Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Dafür müssen andere Wertschöpfungselemente zur Finanzierung herangezogen werden.“

Mit drei konkreten Maßnahmen soll das Ziel der nachhaltigen Finanzierung des Solidarstaats erreicht werden: Erstens eine Körperschaftsteuer „neu“ mit progressivem Steuertarif, zweitens eine Solidarabgabe von Vermögenden und drittens ein Solidarzuschlag bei Kapitalerträgen.

Diese drei Maßnahmen würden gemeinsam elf Milliarden Euro Aufkommen bringen. Der Faktor Arbeit würde spürbar um 8 Milliarden Euro entlastet, drei Milliarden könnten jährlich in die Sicherung des Solidarstaates fließen. Konkret soll die KÖST von derzeit 23 Prozent auf 25 Prozent erhöht werden. Ab der Steuerstufe von einer Million auf 28 Prozent, ab 2,5 Millionen auf 30 Prozent, ab 10 Millionen auf 32 Prozent.

Von der Solidarabgabe für Vermögende sollen Hauptwohnsitze gänzlich befreit sein. Eine weitere Million ist zusätzlich abgabefrei. Darüber hinaus gilt ein weiterer 30-prozentiger Freibetrag für alle restlichen Vermögen. Ab dann soll diese Solidarabgabe greifen. Mit 0,5 Prozent bis zu einem Vermögen von 10 Millionen, mit 1 Prozent bis 50 Millionen, ab 50 Millionen mit 2 Prozent.

Der Solidarzuschlag auf Kapitalerträge durch Aktiengewinne usw. soll von derzeit 27,5 auf 35 Prozent angehoben werden.

Die Steuer- und Abgabenstruktur verändert sich dadurch positiv: Die Steuern auf Vermögen steigen so von 1 auf 3,7 Prozent, Abgaben auf Gewinn und Kapitalerträge steigen von derzeit 14,3 auf 16,4 Prozent und die Lohnabgaben sinken von 56,5 auf 52 Prozent.

### **Steuersystem beruht auf Faktor Arbeit**

Das derzeitige Steuer- und Abgabensystem beruht auf dem Faktor Arbeit. Die gesamten Steuern und Abgaben lagen im Jahr 2024 bei etwa 215 Milliarden Euro. Davon waren 57 Prozent lohnabhängige Steuern und Abgaben wie z. B. Sozialversicherungsbeiträge, Lohnsteuer, Kommunalsteuer, Familienlastenausgleichsfonds usw. 21 Prozent haben Konsumsteuern und -abgaben ausgemacht, also z. B. Umsatzsteuer, Tabaksteuer usw.

Nur 14 Prozent machten Steuern auf Gewinne und Kapitalerträge aus (z. B. KÖST und Kapitalertragssteuer), nur ein Prozent der Steuern und Abgaben kommen von Vermögen.

Besonders die Finanzierung des Solidarstaates weist eine Schiefelage auf. 60 Prozent der Finanzierung des Sozialstaates laufen über die Sozialversicherungsbeiträge, aus dem allgemeinen Steuertopf kommen die restlichen 40 Prozent. Dieser allgemeine Steuertopf wird aber hauptsächlich von Arbeitnehmer:innen bezahlt (Umsatzsteuer, Tabaksteuer, Mineralölsteuer, Lohnsteuer usw.).

Dazu kommt: Die Steuer- und Abgabenleistung zwischen personalintensiven und weniger personalintensiven Branchen ist sehr unterschiedlich. Während der Anteil der Löhne und Gehälter an der Bruttowertschöpfung beim Heim- und Sozialwesen bei 85 Prozent liegt, liegt er bei der Telekommunikation nur bei 37 Prozent. Im Grundstücks- und Wohnungswesen gar nur bei 6,4 Prozent.

Der Anteil der Steuern und Abgaben an der Bruttowertschöpfung aber liegt beim Heim- und Sozialwesen bei knapp 36 Prozent, bei der Telekommunikation nur bei knapp 14 Prozent. Beim Grundstücks- und Wohnungswesen liegt dieser Anteil nur bei knapp 5 Prozent.

„Wir wollen, dass alle Branchen, egal ob personal- oder kapitalintensiv, ihren gerechten Beitrag leisten. Und wir wollen, dass die Finanzierung unserer sozialen Sicherheit nicht länger fast ausschließlich auf den Schultern der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ruht. Diese drei konkreten Maßnahmen sind ein wichtiger Schritt zu diesem Ziel“, so Wieser abschließend.



### 3. DISKUSSIONSPUNKTE UND LÖSUNGSANSÄTZE AUS DEN WORKSHOPS

Im Rahmen des Wissensforums arbeiteten drei parallel stattfindende Workshops an denselben drei zentralen Fragestellungen rund um den technologischen Wandel und seine Auswirkungen auf Arbeitswelt und der Finanzierung des Solidarstaates unter gleichzeitiger Entlastung des Faktor Arbeit. Die Teilnehmenden wechselten innerhalb der Workshops, sodass unterschiedliche Perspektiven zusammengeführt, ergänzt und schließlich verdichtet werden konnten.

#### **Themenkreis 1: Einsatz neuer Technologien - Ein Blick auf Chancen und Risiken**

Ein zentrales Ergebnis der Diskussion war die klare Feststellung, dass der Mensch nicht ersetzbar ist – insbesondere dort, wo es um Kommunikation, Verantwortung und soziale Interaktion geht. Die Workshop-Teilnehmer:innen haben besonders hervorgehoben, dass es noch Berührungsängste von vielen Arbeitnehmer:innen mit KI-Applikationen gibt. Bereits in der ersten Runde berichteten die Teilnehmenden aber auch von spürbaren Effizienzgewinnen und Prozessoptimierungen, etwa durch den Einsatz von automatisierten Systemen im Kundenservice oder durch Entlastungen bei körperlich anspruchsvoller Arbeit. Gleichzeitig wurde ein erheblicher Nachholbedarf im Bereich Qualifizierung diskutiert: In vielen Betrieben fehlen klare Strategien im Umgang mit KI, und auch die Vorbereitung der Beschäftigten ist vielfach unzureichend. Aktuelle Einschätzungen zufolge fühlt sich nur ein geringer Teil der Arbeitnehmer:innen ausreichend geschult.

Zentrale Forderungen wurden dabei deutlich: Verpflichtende Weiterbildungsangebote im Bereich KI, die Entwicklung klarer betrieblicher Strategien sowie wirksame Schutzmechanismen gegen Überwachung und missbräuchliche Anwendungen (z. B. Deepfakes). Eine unzureichende Einpflegung von KIs in den Arbeitsprozess könnte zu gefährlichen Wettbewerbsnachteilen gegenüber der Konkurrenz führen. Gleichzeitig ist es wichtig, dass Datenschutzüberlegungen und die Aufrechterhaltung einer sicheren IT-Architektur hierbei nicht zu kurz kommen dürfen. Einigkeit bestand darüber, dass Betriebsvereinbarungen zum Einsatz von KI, die teilweise bereits gesetzlich vorgeschrieben sind, rasch umgesetzt werden müssen.

#### **Themenkreis 2: Finanzierung des Solidarstaats im Zeitalter der Automatisierung**

In der Diskussion um die sinnvolle Besteuerung von KI und Robotik hat sich herauskristallisiert, dass es jetzt an der Zeit ist, unter Beobachtung und Einbeziehung aller europäischen Konzepte und Ideen dazu, die Finanzierung unseres Solidarstaats in Österreich neu auszurichten und sicherzustellen. Fairness und Verteilungsgerechtigkeit sollen hierbei die wesentlichen Richtschnüre sein. Gleichzeitig wurde hervorgehoben, dass Österreich dennoch einen eigenen Masterplan für die kommenden Finanzierungsherausforderungen benötigt. Das neue Steuersystem darf dabei nicht mehr Verwaltungskosten verursachen als es Steuerertrag liefert.

Diskutiert wurden im Themenkreis zudem eine progressive Körperschaftssteuer für KI-intensive „Superstar-Unternehmen“ sowie ein Investitionsbeitrag für Roboter. Auch die steuerliche Gleichstellung von Software-Lizenzen und menschlicher Arbeit durch eine eigene Mehrwertsteuer oder die Anpassung von Abschreibungssystemen für Robotik wurde als sinnvoll erachtet. Die große Klammer dieser Fragestellung war für die Teilnehmer:innen aber, dass die Vorteile und Chancen neuer Technologien in den Vordergrund gerückt werden sollten. So ließe sich auch mehr Unterstützung in der Bevölkerung finden, sodass der Solidarstaat auf breitere Beine gestellt werden könnte.

### Themenkreis 3: Nachhaltige Entlastung des Faktors Arbeit

Die letzte Fragestellung, hat sich ganz konkret damit beschäftigt, wie der Faktor Arbeit entlastet werden kann und gleichzeitig der Solidarstaat nachhaltiger gegenfinanziert wird.

Im Rahmen der drei durchgeführten Workshops wurde ein breit gefächertes Ideenpool erarbeitet. Die gesammelten Ansätze konzentrieren sich darauf, den Faktor Arbeit steuerlich spürbar zu entlasten und gleichzeitig die Finanzierung des Solidarstaats auf eine nachhaltige, zukunftsfähige Basis zu stellen.

**Die folgende Übersicht listet die zentralen Diskussionspunkte und Reformvorschläge auf:**

- » Einführung einer Wertschöpfungsabgabe, dort wo durch Automatisierung und KI wirtschaftlicher Mehrwert entsteht. Dadurch kommt es zu einer Entlastung personalintensiver Betriebe.
- » Vermögensbezogene Steuern bzw. solidarische Beiträge für besonders Vermögende, die über Kapital- und Technologiebesitz profitieren.
- » Stiftungsvermögen stärker besteuern
- » Finanztransaktionssteuer und Spekulationssteuern wieder einführen
- » Datennutzung besteuern und eine allgemeine Digitalsteuer.
- » Spannend war auch ein Vorschlag zur Einführung einer Art Wegzugsbesteuerung für Unternehmen, um einen Standortwechsel weg aus Österreich, weniger attraktiv zu gestalten.

Als flankierende Maßnahmen zur Entlastung des Faktor Arbeit wurden eine Vielzahl an Möglichkeiten diskutiert: Eine Reformierung des Fördersystems, der Abbau von Doppelgleisigkeiten im föderalen System, eine stärkere Bekämpfung von Steuerbetrug, Sozialbetrug und Lohnraub sowie arbeitsmarkt- und bildungspolitische Maßnahmen.

#### **Fazit:**

Die Diskussionen verdeutlichen, dass die Automatisierung nicht ausschließlich eine technologische, sondern vor allem eine gesellschafts- und verteilungspolitische Herausforderung darstellt. Ziel muss es sein, die wirtschaftlichen Potenziale technologischer Entwicklungen so zu gestalten, dass sie zu einer breiteren und stabileren Finanzierungsbasis des Sozialstaats beitragen und gleichzeitig den Faktor Arbeit nachhaltig entlasten.

#### 4. ABSCHLUSS UND AUSBLICK

Mit dem Abschluss des dritten „Wissensforums Hirschwang“ zum Leitthema „Faktor Arbeit entlasten“ senden wir ein deutliches Signal für die Zukunftsfähigkeit unseres Sozialsystems. Initiator Markus Wieser, Präsident der Arbeiterkammer Niederösterreich und Vorsitzender des ÖGB NÖ, würdigte in seinen abschließenden Worten die fundierte Vorbereitung durch das Organisationsteam sowie die außergewöhnliche Diskussionsfreude aller Teilnehmenden.

Die diesjährige Tagung stand ganz im Zeichen der Transformation unserer Arbeitswelt. Angesichts des rasanten technologischen Wandels kann Österreich nicht auf Impulse von der europäischen Ebene warten. Es gilt, jetzt konkrete Lösungen zu präsentieren und Forderungen zeitnah in die politische Umsetzung zu bringen.

Das im Plenum vorgestellte Konzept zeichnet sich durch ihre ökonomische Schlagkraft aus. Mit einem kalkulierten Volumen von 11 Milliarden Euro zielen die Vorschläge auf eine massive Entlastung des Faktor Arbeit ab.

Besonders hervorzuheben ist die produktive Atmosphäre der Workshops. Angehörige aller Fraktionen nahmen teil und brachten ihre Perspektiven sowie Bedenken offen ein.

Über allen Debatten in Hirschwang schwebte die Vision einer gerechten Steuerstruktur. Die Integration neuer Wertschöpfungsträger in die Finanzierungsbasis ist keine Option, sondern eine Notwendigkeit. Vor allem müssen konkrete Überlegungen zu der Frage angestellt werden, wie man das Steueraufkommen stärker auf andere Wertschöpfungsträger in die Finanzierungsbasis des Wohlfahrtsstaates integriert werden kann. Die Arbeiterkammer Niederösterreich wird diesen Weg konsequent weiterverfolgen und die erarbeiteten Überlegungen zur Stärkung des Wohlfahrtsstaates in den öffentlichen Diskurs tragen.

## ANHANG: KURZBIOGRAFIEN DER VORTRAGENDEN

**Mag.<sup>a</sup> Susanne Zach** ist Partnerin bei Ernst & Young (EY) Österreich und leitet den Bereich AI & Data. Sie studierte Wirtschaftswissenschaften und verfügt über langjährige Erfahrung in der Strategieberatung mit Schwerpunkt auf datengetriebener Transformation, Künstlicher Intelligenz und digitaler Innovation. In ihrer Rolle verantwortet sie den Aufbau und die strategische Weiterentwicklung des AI-&-Data-Ökosystems bei EY, einschließlich Governance-Modellen, industrieller KI-Anwendungen und Managed Services.

Susanne Zach berät nationale und internationale Unternehmen bei der Integration von KI in Geschäftsmodelle und Kernprozesse, mit besonderem Fokus auf Responsible AI, Produktivitätssteigerung und nachhaltige Wertschöpfung. Sie ist regelmäßig als Keynote-Speakerin, Panelistin und Podcast-Gast zu Zukunftsthemen rund um KI, Digitalisierung und Leadership tätig und engagiert sich zudem als Mentorin für Frauen in der Technologiebranche.

---

**Univ.-Prof. Dr. Michael Tumpel** ist Professor für Betriebswirtschaftslehre an der Johannes Kepler Universität Linz und Dean der JKU Business School. Er beschäftigt sich mit Themen des österreichischen, europäischen und internationalen Steuerrechts, insbesondere mit den Auswirkungen von Steuern auf Unternehmensentscheidungen.

Seine Forschung konzentriert sich einerseits auf Fragen des Mehrwertsteuerrechts sowie andererseits auf Fragen des internationalen Steuerrechts, vor allem im Zusammenhang mit technologischen Entwicklungen.

---

**Mag. Dr. Stephan Schulmeister** absolvierte das Studium der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften. Von 1972 bis 2012 war er Mitarbeiter am Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO). Er war als Universitätslektor an verschiedenen Einrichtungen tätig, darunter die Universität Wien, die Wirtschaftsuniversität Wien, das Management Center Innsbruck und die Donau-Universität Krems. Nach wie vor hat er eine Lehrtätigkeit an der Universität Wien und mehreren Fachhochschulen.

Seine Forschungsschwerpunkte sind Spekulation auf den Finanzmärkten und ihre realwirtschaftlichen Konsequenzen, Verhältnis von Zinssatz und Wachstumsrate und die Analyse der längerfristigen Entwicklung der Weltwirtschaft.

---



Mit freundlicher Unterstützung von:



Reichenau an der Rax

